Das strafrichterliche Dezernat

Ganter / Jöbges / Stollenwerk

2. Auflage 2023
ISBN 978-3-406-79486-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.
beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Ganter/Jöbges/Stollenwerk
Das strafrichterliche Dezernat

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Das strafrichterliche Dezernat

Die effektive Hauptverhandlung

von

Dr. Alexander Ganter

Vizepräsident des Landgerichts Mosbach aD

Jessica Jöbges

Richterin am Landgericht Bonn

Dr. Thomas Stollenwerk

Vizepräsident des Landgerichts Köln

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

2. Auflage 2023

C.H.BECK

Zitiervorschlag: Ganter/Jöbges/Stollenwerk Strafrichterl. Dezernat

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 79486 5

© 2023 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Fotosatz Buck
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen

CO_2 neutral
chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 2. Auflage

In der 2. Auflage haben wir die einzelnen Kapitel teils maßgeblich überarbeitet. Die Ausführungen wurden um zahlreiche verdeutlichende Beispiele ergänzt. Die Schwerpunktsetzung wurde verbessert. Redundanzen wurden beseitigt. Zudem hat uns die 2. Auflage Gelegenheit gegeben, Schreibfehler zu berichtigen und das Stichwortverzeichnis umfangreicher zu gestalten. Darüber hinaus haben wir darauf geachtet, den Inhalt so anzupassen, dass sich auch Amtsrichter darin wiederfinden. Schließlich behandeln wir einige neue Themen, etwa zur Rolle der Beisitzer.

An dieser Stelle wollen wir uns auch für alle kritischen Anmerkungen bedanken, die überwiegend bei der neuen Auflage berücksichtigt wurden. Wir sind auch in Zukunft für Anregungen dankbar. Anregungen, Kritik und Rückmeldungen sind per E-Mail möglich an info@strafrichterliches-dezernat.de.

Mosbach/Bonn/Köln im November 2022

Alexander Ganter
Jessica Jöbges
Thomas Stollenwerk

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur Vorauflage

Seit vielen Jahren hört man das Lamento von der überlasteten Justiz. Die Ursachen sind schnell ausgemacht: Konfliktverteidiger, eine nur schwer zu handhabende Prozessordnung und immer komplexerer Verfahrensstoff. Durch zahlreiche Änderungen der Strafprozessordnung sollten die Strafprozesse gestrafft werden, denn die durchschnittliche Dauer von Verfahren, insbesondere bei schwerer Kriminalität, ist erheblich gestiegen. Die Frage, ob Verfahrensverzögerungen hausgemacht sein könnten, ist in der Justiz verpönt.

RiBGH Prof. Dr. Andreas Mosbacher hat in seiner Stellungnahme zum Gesetz zur Modernisierung des Strafverfahrens auf die Verantwortung der Justiz hingewiesen. Für eine effektive, auf zügige Erledigung angelegte Verhandlungsführung müsse die Justizverwaltung die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Darüber hinaus müsse dringend in die Fortbildung der Vorsitzenden Richterinnen und Richter an den Landgerichten zum Thema effektive Verhandlungsführung investiert werden.

Dazu soll das vorliegende Buch einen Beitrag leisten. Neben der Darstellung der rechtlichen Fragen, die durch Zitate zur Rechtsprechung ergänzt und erläutert werden, sind an zahlreichen Stellen Tipps zur praktischen Vorgehensweise eingearbeitet. Wir gehen nicht nur auf die Kenntnisse des rechtlichen Handwerkzeugs ein, sondern beschreiben auch die effektive Durchsetzung des Rechts in der Praxis. Neben dem rechtlichen „Ob“ wird vom Eingang der Anklage bis zur mündlichen Urteilsbegründung auch das praktische „Wie“ beschrieben.

Dabei steht die offene und respektvolle Kommunikation im Vordergrund. Ein angemessenes Ergebnis kann nur dann in angemessener Zeit erreicht werden, wenn alle Beteiligten, Gericht, Staatsanwaltschaft und Verteidigung, mitwirken. Voraussetzung ist daher eine rechtzeitige, offene und transparente Kommunikation. Insbesondere müssen die Beteiligten spätestens zu Beginn der Hauptverhandlung, besser noch vorher, über wesentliche Punkte der geplanten Verhandlung informiert werden. „Offenheit in der Hauptverhandlung ist Ausdruck von Souveränität und verkürzt häufig die Verhandlungsdauer.“ (Mosbacher aaO).

Mosbach/Bonn im Oktober 2020

Alexander Ganter
Jessica Jöbges
Thomas Stollenwerk

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage V
Vorwort zur Vorauflage VII
Abkürzungsverzeichnis XXIX
Literaturverzeichnis XXXI

1. Kapitel. Einleitung 1

2. Kapitel. Eingang der Anklage 3

§ 1. Zuständigkeit 3
I. Örtliche Zuständigkeit 3
1. Vor Erlass des Eröffnungsbeschlusses 3
2. Nach Erlass des Eröffnungsbeschlusses 4
II. Sachliche Zuständigkeit 5
1. Vor Erlass des Eröffnungsbeschlusses 6
2. Nach Erlass des Eröffnungsbeschlusses 7
III. Zuständigkeit besonderer Strafkammern 8

§ 2. Zustellen der Anklageschrift 9
I. Frist des § 201 StPO 10
II. Erklärungen des Angeschuldigten 10
III. Bestimmtheit der Anklage 11
IV. Verteidiger 12
1. Bestellung eines Pflichtverteidigers 12
2. Wahlverteidiger 14
3. Pflichtverteidigerwechsel 15
4. Weiterer Pflichtverteidiger 15
5. Sofortige Beschwerde 16
V. Übersetzung der Anklage 17
1. Erforderlichkeit 17
2. Dolmetscher 18

§ 3. Haftbefehl 19
I. Überwachung 19
II. Haftprüfung, Beschwerde 21
III. Erweiterung des Haftbefehls 24
IV. Sechs-Monats-Vorlage (§ 121 StPO) 25

§ 4. Akteneinsicht 27
I. Umfang 27
II. Verfahren 28

§ 5. Vorstrafakten 28

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 6. Gutachten ... 29
I. Behördengutachten ... 29
II. Sachverständigengutachten ... 30
§ 7. Nebenklage ... 31
I. Voraussetzungen ... 31
II. Verfahren ... 32
III. Akteneinsicht ... 33
IV. Beiordnung eines Rechtsanwalts ... 34
V. Akteneinsicht des Verletzten ... 34
§ 8. Adhäsionsverfahren ... 35
I. Antragsberechtigung ... 35
II. Antragsgegner ... 36
III. Vermögensrechtlicher Anspruch ... 36
IV. Strafbefehlsverfahren ... 36
V. Wirkung des Antrags ... 36
VI. Vergleich ... 37
VII. Urteil ... 37
§ 9. Auslandszeuge ... 38
§ 10. V-Leute und verdeckte Ermittler ... 39
§ 11. Terminabsprache ... 41
I. Verteidiger ... 41
II. Staatsanwaltschaft und Nebenkläger ... 43
III. Sachverständige und Zeugen ... 43
IV. Dolmetscher ... 44
V. Form ... 44
VI. Terminstag ... 44
§ 12. Erkundigung nach dem Verteidiger ... 45

3. Kapitel. Vorbereitung der Hauptverhandlung ... 47

§ 13. Feststellung des Streitstoffs ... 47
I. Bestreiten ... 47
II. Geständnis ... 47
III. Teilgeständnis ... 47
§ 14. Ergänzende Informationsbeschaffung ... 48
I. Sozialdaten ... 49
II. Steuerliche Unterlagen ... 49
III. Ärztliche Unterlagen ... 50
IV. Kontounterlagen/BaFin-Auskünfte ... 50
V. Grundbuchauszüge ... 51
VI. Betreuungsakten ... 52
VII. Familiengerichtliche Akten ... 52
VIII. E-Mail-Daten ... 53
§ 15. Beisitzer in einer großen Strafkammer ... 54

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 16. Verschlanken der Anklage 55
I. Einstellung gemäß §§ 154, 154a StPO 55
II. Abtrennung 56
§ 17. Erörterungstermin 58
I. Anordnung 58
II. Beteiligte 59
III. Form 59
IV. Inhalt 59
V. Protokoll 60

4. Kapitel. Eröffnungsbeschluss 61

§ 18. Verfahren 61
§ 19. Prozesshindernisse 61
§ 20. Rechtliche Würdigung 62
§ 21. Besetzung gemäß § 76 GVG 62
§ 22. Beweisanträge 63

5. Kapitel. Planung der Hauptverhandlung 65

§ 23. Ladung der Beteiligten 65
I. Angeklagte 65
II. Verteidiger 66
III. Zeugen 66
IV. Nebenkläger 66
V. Sachverständige 67
VI. Erziehungsberechtigte und gesetzliche Vertreter 67
§ 24. Besetzung 67
I. Berufsrichter 67
II. Schöffen 68
III. Verfahren 70
§ 25. Beweisaufnahme 70
I. Zeugen 70
II. Sachverständige 73
III. Dolmetscher 74
IV. Urkunden 75
V. Augenschein 77
VI. Ausschluss des Angeklagten 78
VII. Ausschluss der Öffentlichkeit 78
VIII. Sicherungsverfügung 78

6. Kapitel. Kommunikation vor der Hauptverhandlung 81

§ 26. Vorberatung mit den Schöffen 81
§ 27. Begrüßung 81
§ 28. Pünktlichkeit 82

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

7. Kapitel. Leitung der Hauptverhandlung 83

§ 29. Verhandlungsleitung des Vorsitzenden 83
I. Verhandlungsleitung durch den Vorsitzenden 83
II. Worterteilung/Entgegennahme von Anträgen 83
1. Kein Recht auf jederzeitige Worterteilung/Antragstellung . . 83
2. Kein Selbsthilferecht bei rechtswidrig verweigerter Worterteilung 84
3. Unwirksamkeit von Anträgen und Erklärungen ohne Worterteilung 85
4. Zurückstellung weiterer Wortmeldungen 85
5. Sonderfall: Befangenheitsgesuche 86
6. Sonderfall: Haftprüfungsantrag 87
7. Sonderfall: Beweisanträge 88
8. Reaktion der Verteidiger auf die Zurückstellung 89
III. Wortentziehung 89
IV. Beanstandung nach § 238 Abs. 2 StPO 90
1. Anwendung auch beim Strafrichter? 90
2. Darlegung der rechtlichen Unzulässigkeit 90
3. Darlegung einer Beschwer 92
4. Keine Frist 92
5. Entscheidung über die Beanstandung 92
a) Entscheidung im Sitzungssaal 92
b) Tenorierung des Beschlusses nach § 238 Abs. 2 StPO . . . 93
6. Wiederholte Beantragung einer Kammerentscheidung 93
7. Sonderproblem: Beanstandung der Bestellung oder Entpflichtung eines Pflichtverteidigers 93
V. Verhandlungsleitende Anordnung durch das Gericht statt des Vorsitzenden 94

§ 30. Kommunikation in der Hauptverhandlung 94
I. Offene Kommunikation als Leitbild 94
II. Normative Grundlagen der Kommunikation 95
1. Erörterung des Verfahrensstandes gemäß § 257b StPO 95
2. Verhandlungsleitung des Vorsitzenden 95
III. Initiativrecht 95
IV. Grenzen der Kommunikation 95
1. Bewertung von Rechtsfragen 96
2. Bewertung der Einlassung und Zeugenaussagen 96
3. Wortwahl: „Geschädigte“, „Verletzte“, „Opfer“ etc. 96
4. Ungefragte Nennung einer Straferwartung 97
5. Anregen eines Geständnisses 97
6. „Sanktionsschere“ 98
7. Einmischen in die Verteidigungsstrategie 99
8. Unmutsäußerungen 99
9. Kontakte mit Verfahrensbeteiligten außerhalb der Hauptverhandlung 99
V. Keine Verpflichtung zu offener Kommunikation 100

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

1. Kein Anspruch auf eine Erörterung gemäß § 257b StPO 100
2. Gerichtliche Fürsorge und faires Verfahren 100
VI. Hinweispflicht bei Abweichen von der vorläufigen Bewertung der Sach- oder Rechtslage 101

§ 31. Sitzungspolizeiliche Maßnahmen 101
I. Sitzungsgewalt des Vorsitzenden 101
II. Mitwirkung der Justizwachtmeister 102
III. Amtshilfe durch die Polizei 103
1. Vermittlung durch die Gerichtsverwaltung 103
2. Antrag der Verteidigung auf Entwaffnung der Polizeibeamten 103
IV. Entfernen von Zuhörern aus dem Sitzungssaal 104
1. Entfernen auf der Grundlage des § 176 GVG 104
2. Entfernen auf der Grundlage des § 177 GVG 105
3. Räumung des Sitzungsaales 105
4. Ausschluss der Öffentlichkeit wegen Störungen 106
V. Entfernen des Angeklagten aus dem Sitzungssaal 106
1. Zuständigkeit 106
2. Anwesenheit nicht unerlässlich 106
3. Gelegenheit zur Äußerung zur Anklage 106
4. Spätere Wiederzulassung zur Hauptverhandlung 107
5. Protokollierung 107
VI. Entfernen von Zeugen und Sachverständigen 107
VII. Entfernen des Verteidigers oder sonstiger Rechtsbeistände 108
VIII. Protokollierung 108
IX. Ordnungshaft gemäß § 177 GVG 108
X. Ordnungsmittel wegen Ungebühr gemäß § 178 GVG 108
1. Definition der Ungebühr 109
2. Zuständigkeit für die Sanktionierung 110
3. Verfahren und Entscheidung 110
4. Vollstreckbarkeit und Vollstreckung 113
5. Besondere Probleme bei der Verhängung gegen Zuhörer ... 114
a) Identitätsfeststellung 114
b) Gezielte Störungen durch mehrere Zuhörer 116
c) Befangenheitsablehnung des Vorsitzenden durch den Zuhörer 116
d) Heimliche Film- oder Tonaufnahmen durch Zuhörer 117
XI. Ordnungsmaßnahmen gegen Verteidiger 119
1. Ermahnung nach § 176 GVG 119
2. Maßnahmen nach §§ 177, 178 GVG 119
3. Aufhebung der Bestellung zum Pflichtverteidiger 119
a) Vorherige Abmahnung des Pflichtverteidigers 119
b) Aufhebung der Bestellung zum Pflichtverteidiger 120

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

8. Kapitel. Auftakt der Hauptverhandlung 123

§ 32. Der erste Hauptverhandlungstag 123
I. Aufruf der Sache 123
1. Grundsatz 123
2. Sonderfall: Film- oder Fotoaufnahmen 123
II. Präsenzfeststellung 125
1. Entschuldigtes Ausbleiben eines notwendigen Verfahrensbeteiligten 125
2. Unentschuldigtes Ausbleiben des Angeklagten 125
a) Erlass eines Vorführungsbefehls 126
b) Erlass eines Haftbefehls 128
c) Alternative beim Amtsgericht: Strafbefehl 129
d) Sonderfall: Unentschuldigtes Ausbleiben nach Einspruch gegen Strafbefehl 129
3. Unentschuldigtes Ausbleiben des Verteidigers 129
4. Unentschuldigtes Ausbleiben eines Schöffen 129
II. Zulassung eines „Laienverteidigers“ 130
III. Zulassung eines Ehegattenbeistands 130
IV. Hinzuziehung eines Dolmetschers 131
V. Entfernung der Zeugen 132
VI. Fesselung des Angeklagten 133
VII. Anträge zur Sitzordnung 134
VIII. Antrag auf Aussetzung oder Unterbrechung wegen Verhandlungsunfähigkeit 135
IX. Entgegennahme eines Befangenheitsgesuchs 135
X. Vernehmung zu den persönlichen Verhältnissen 136
XI. Antrag auf Aufzeichnung der Hauptverhandlung 136
XII. Aussetzungsantrag wegen nicht mitgeteilter Anklageschrift . . . 136
XIII. Aussetzungsantrag wegen nicht rechtzeitiger Übersendung einer neuen Anklageschrift 137
XIV. Antrag auf Nichtverlesung des Anklagesatzes 137
XV. Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit während der Verlesung des Anklagesatzes 139
XVI. Aushändigung des Anklagesatzes an die Schöffen 140
XVII. Verlesung des Anklagesatzes 140
XVIII. Besonderheiten in Berufungsverfahren 141
XIX. Bekanntgabe der Erörterungen nach §§ 202a, 212 StPO 141
1. Verständigungsbezogene Gespräche 142
2. Umfang der Mitteilungspflicht 142
XX. „Opening Statement“ des Verteidigers 144
XXI. Aussetzungsantrag wegen Nichteinhaltung der Ladungsfrist . . . 145
XXII. Aussetzungsantrag wegen verspäteter oder unzureichender Akteneinsicht 145
XXIII. Zuständigkeitsrügen 145
1. Rüge der sachlichen Unzuständigkeit (§ 6 StPO) 145
2. Rüge der örtlichen Unzuständigkeit (§ 16 StPO) 146
3. Zuständigkeit besonderer Strafkammern (§ 6a StPO) 146

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

XXIV. Der Besetzungseinwand (§ 222b StPO) 147
1. Besetzungseinwand und Vorabentscheidungsverfahren 147
2. Entgegennahme des Besetzungseinwandes 147
3. Entscheidung binnen 3 Tagen 147
4. Zuständigkeit 148
5. Antrag auf Unterbrechung zur Prüfung der Besetzung 148
XXV. Belehrung des Angeklagten über seine Aussagefreiheit 150
XXVI. Vernehmung des Angeklagten zur Sache 150
XXVII. Antrag auf Ablösung des Sitzungsstaatsanwalts 150
XXVIII. Auskunftsbegehren gegenüber Berufsrichtern und Schöffen . . . 150
XXIX. Antrag auf Entwaffnung hinzugezogener Polizeibeamter 151
XXX. Haftprüfungsantrag 152

§ 33. Vernehmung des Angeklagten 152
I. Vernehmung des Angeklagten zur Person 152
1. Gegenstand der Vernehmung 152
2. Art und Weise der Vernehmung 153
II. Vernehmung des Angeklagten zur Tat 153
III. Form der Einlassung 153
1. Einlassung des Angeklagten 153
2. Einlassung über den Verteidiger 153
3. Beweiswert schriftlicher Einlassungen und Einlassungen über den Verteidiger 154
4. Festschreiben des Inhalts der Einlassung für die Revision . . 154
IV. „Unwiderlegbare" Einlassung des Angeklagten 156
V. Der schweigende oder bestreitende Angeklagte 157
VI. Schweigen und Beweiswürdigung 158

§ 34. Einführung früherer Einlassungen in die Hauptverhandlung 158

9. Kapitel. Beweisaufnahme 161

§ 35. Zeugenvernehmung 161
I. Ausbleiben des Zeugen 161
1. Ordnungsgeld, ersatzweise Ordnungshaft, und Auferlegung Mehrkosten 161
2. Vorführungsbefehl gegen den Zeugen 162
3. Vollstreckung 162
4. Rechtsmittel 163
II. Verzicht auf die Vernehmung eines Zeugen 163
1. Vernehmungsverzicht bei erschienenem Zeugen 163
2. Vernehmungsverzicht bei geladenem, aber (noch) nicht erschienenem Zeugen 164
III. Umladung von Zeugen 164
IV. Antrag zur Sitzordnung bei der Zeugenvernehmung 164
V. Antrag auf Aufzeichnung der Zeugenaussage 165
VI. Antrag auf Aussetzung der Hauptverhandlung bei zu später Namhaftmachung eines Zeugen 166
VII. Verfahrensbeteiligte als Zeugen 166

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

1. Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft als Zeuge 167
2. Notwendiger Verteidiger als Zeuge 167
3. Richter als Zeuge 167
a) Erkennender Richter als Zeuge 168
b) Richter in Parallelverfahren als Zeuge 170
4. Schöffe als Zeuge 170
VIII. Die Vorbereitungspflicht des Zeugen 170
IX. Die Zeugenbelehrung 170
1. Ausführliche Belehrung eines Zeugen 171
2. Praktische Probleme der Belehrung 171
X. Vernehmung des Zeugen durch den Vorsitzenden 171
1. Vernehmung zur Person 171
2. Vernehmung zur Sache 172
3. Abwehr der Störung der Befragung durch den Vorsitzenden 173
a) Kommentare, Unmutsäußerungen und nichtförmliche Beanstandungen („Nörgeln“) 173
b) Förmliche Beanstandungen 173
c) Protokollierungsanträge während der Vernehmung 174
XI. Ergänzende Befragung des Zeugen durch die Verfahrensbeteiligten 176
1. Minderjährige Zeugen 176
2. Leitung durch den Vorsitzenden 176
3. Zurückweisung von Fragen der Verfahrensbeteiligten 177
a) Nicht zur Sache gehörende Fragen 177
b) Ungeeignete Fragen 177
c) Zurückweisung von Fragen zu bestimmten Fragenkomplexen 178
d) Beschränkung des Fragerechts durch eine Vorab-Kontrolle 178
e) Ultima-ratio: Entziehung des Fragerechts 178
4. Besondere Fallgestaltungen 178
a) Suggestiv- oder Fangfragen 178
b) Ausnutzen des Frageprivilegs 179
c) Wiederholungsfragen 179
d) Schaffen von Aussagedruck durch einen Vorspann 179
e) Falsche Vorhalte 180
f) Zeugen zur Rechtfertigung drängen („Rollentausch“) . . . 180
g) Den Zeugen überfordern 180
XII. Vereidigung/Nichtvereidigung des Zeugen 180
XIII. Entlassung des Zeugen 182
XIV. Antrag auf Entwaffnung eines Polizeibeamten als Zeugen 182
§ 36. Entfernung des Angeklagten während der Zeugenvernehmung . . . 183
I. Ausschluss zum Schutz der Wahrheitsfindung 183
II. Ausschluss zum Schutz von jugendlichen Zeugen 183
III. Ausschluss zum Schutz der Gesundheit des erwachsenen Zeugen 183
IV. Ausschluss zum Schutz der Gesundheit des Angeklagten 184

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

V. Unterrichtung des Angeklagten und Entlassung des Zeugen ... 184
1. Zeitpunkt der Unterrichtung ... 184
2. Umfang der Unterrichtung ... 184
3. Protokollierung ... 184
4. Vorrang der Bild-Ton-Simultan-Übertragung zur Unterrichtung des Angeklagten ... 185
5. Fragerecht des Angeklagten ... 186
6. Verhandlung über die Entlassung des Zeugen ... 186
VI. Beweiserhebungen in Abwesenheit des Angeklagten ... 186
VII. Erforderlich für den Ausschluss: Beschluss der Kammer ... 187
VIII. Protokollbeispiel zur Veranschaulichung ... 187

§ 37. Zeugnisverweigerungsrechte, § 52 ff. StPO ... 189
I. Bedingungen des Zeugen an seine Aussage ... 189
II. Zeugnisverweigerungsrecht aus persönlichen Gründen, § 52 StPO ... 189
1. Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht ... 189
2. Problemfall: Das Verlöbnis ... 190
3. Problemfall: Inländische Ehe nach islamischen Recht ... 191
III. Zeugnisverweigerungsrecht aus beruflichen Gründen, §§ 53, 53a StPO ... 191
1. Keine Pflicht zur Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht ... 191
2. Verteidiger, sonstige Rechtsanwälte, Steuerberater und Ärzte ... 191
3. Geistliche ... 192
4. Berufshelfer (§ 53a StPO) ... 192
5. Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht bei juristischen Personen ... 192
6. Fälle fehlenden Zeugnisverweigerungsrechts nach § 53 StGB 192
III. Zeugnisverweigerungsrecht von Angehörigen des öffentlichen Dienstes, § 54 StPO ... 193
1. Keine Pflicht zur Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht ... 193
2. Aussage ohne Aussagegenehmigung ... 193
3. Allgemeine Aussagegenehmigung für Polizeibeamte ... 193
IV. Zeugnisverweigerung wegen Gefahr für Leib und Leben ... 193
V. Zeugnisverweigerung und Beweiswürdigung ... 194
1. Zeugnisverweigerung aus persönlichen Gründen, § 52 StPO 194
2. Zeugnisverweigerung des Berufsgeheimnisträgers, § 53 StPO ... 194

§ 38. Auskunftsverweigerungsrecht, § 55 StPO ... 195
I. Bedingungen des Zeugen an seine Aussage ... 195
II. Belehrung über das Auskunftsverweigerungsrecht ... 196
III. Bestehen einer Verfolgungsgefahr ... 197
1. Praxisrelevante Konstellationen: ... 197
2. Der wiederholt aussagende Zeuge ... 198
IV. Zeugenbeistand ... 199

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

V. Entscheidung über Auskunftsverweigerungsrecht 199
VI. Beweiswürdigung und § 55 StPO 200

§ 39. Die unberechtigte Zeugnisverweigerung 200
I. Auferlegung der Kosten und Ordnungsgeld, ersatzweise Ordnungshaft 200
II. Anordnung von Beugehaft 201
III. Ordnungsmittel oder Beugehaft gegen lügende Zeugen 202

§ 40. Bewertung von Zeugenaussagen 203
I. Hinweise auf eine Lüge (Lügensignale) 203
1. Strukturbruch 204
a) Detailreichtum, Individualität, Verflechtung 204
b) Sprachfluss, Satzbau, Ausdrucksweise: Lügen ist anstrengend. 204
c) Körpersprache 204
2. Reaktion auf Nachfragen 205
II. Hinweise gegen eine Lüge (Realkennzeichen) 205
III. Ausschluss von Irrtümern und Suggestionen 206
1. Mögliche Wahrnehmungsfehler 206
2. Speicherung von Wahrnehmungen im Gedächtnis 207
3. Veränderung der Erinnerung 207
4. Abrufen der Erinnerung: Vernehmung als gemeinsamer Rekonstruktionsprozess 207

§ 41. Sachverständigenbeweis 208
I. Aufgabe des Sachverständigen 208
II. Auswahl des Sachverständigen 208
III. Belehrung des Sachverständigen 209
IV. Zusätzliche Vernehmung als Zeuge bei Zusatztatsachen 209
V. Eigene Beweiserhebung durch den Sachverständigen 211
VI. Vereidigung des Sachverständigen 211
VII. Entbindung des Sachverständigen 212
VIII. Ablehnung des Sachverständigen wegen Besorgnis der Befangenheit 212
1. Entscheidungszuständigkeit 212
2. Ablehnungsberechtigung 212
3. Keine Frist 213
4. Form des Ablehnungsgesuchs 213
5. Ablehnung eines schlechten Sachverständigen? 213
6. Folgen der erfolgreichen Ablehnung 214
7. Revisionsgerichtliche Überprüfung 214
IX. Schriftliches Vorgutachten 214
X. Zugänglichmachung der Arbeitsunterlagen des Sachverständigen 215
XI. Aufzeichnung des mündlichen Sachverständigengutachtens . . . 216
XII. Anwesenheit des Sachverständigen in der Hauptverhandlung . . 217
XIII. Sonderfall: Behördengutachten 217
XIV. Sonderfall: Wirtschaftsreferent als Sachverständiger 218

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 42. Urkundsbeweis 218
I. Art und Weise des Urkundsbeweises 218
1. Vorlesen durch den Vorsitzenden 219
2. Bericht des Vorsitzenden 219
3. Selbstleseverfahren, § 249 Abs. 2 StPO 219
a) Ablauf des Selbstleseverfahrens 219
b) Anordnung des Selbstleseverfahrens 220
c) Durchführung des Selbstleseverfahrens 221
d) Feststellung des Abschlusses des Selbstleseverfahrens . . 222
e) Selbstleseverfahren zur Wahrung des Beschleunigungsgrundsatzes 223
4. Mittelbare Einführung durch Zeugen oder Sachverständige . 224
II. Einführen von Vorstrafen 224
III. Unmittelbarkeitsgrundsatz 225
1. Vorrang des Personal- vor dem Urkundsbeweis 225
2. Unmittelbarkeitsgrundsatz und DNA-Gutachten 225
3. Spurensicherungs-, Observations- und Durchsuchungsberichte 225
4. Urteile und gerichtliche Beschlüsse als im Hinblick auf § 250 S. 2 StPO privilegierte Urkunden 226
5. Vernehmungsergänzende Verlesung von Protokollen und Schriftstücken 227
a) Vernehmungsergänzende Verlesung von Schriftstücken . 227
b) Vernehmungsergänzende Verlesung von Vernehmungsprotokollen 227
c) Vernehmungsergänzende Einführung aufgezeichneter Vernehmungen 229
d) Vernehmungsergänzende Einführung niedergeschriebener aufgezeichneter Vernehmungen 229
IV. Fremdsprachige Urkunden 230
V. Zweckmäßiger Zeitpunkt der Einführung von Urkunden 231

§ 43. Augenscheineinnahme 231
I. Beispiele für den Augenschein 231
II. Einnahme des Augenscheins durch das Gericht 232
III. Einschalten eines Augenscheingehilfen 232
IV. Augenschein durch Sachverständige 232

§ 44. Erklärungsrechte nach § 257 StPO 232
I. Erklärungsrecht des Angeklagten 232
II. Erklärungsrecht des Verteidigers 233
III. Zeitpunkt der Erklärung 233
IV. Bezug zur vorangegangenen Beweiserhebung 233
V. Protokollierung 234
VI. Einlassung des Angeklagten im Rahmen der Erklärung nach § 257 Abs. 1 StPO 234
VII. Verpflichtung des Gerichts zur Stellungnahme zu der Erklärung? 234
VIII. Risiken für die Revision 235

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 45. Beweisanträge 235
I. Grundlagen 235
II. Vorliegen eines Beweisantrags 235
1. Antragsberechtigung 236
2. Keine Wiederholung der Beweisaufnahme 237
3. Mündlich in der Hauptverhandlung 237
4. Kein Schein-/Pseudobeweisantrag 239
5. Schuld- und Straffrage 239
6. Bezeichnung einer Beweistatsache 240
7. Bezeichnung eines Beweismittels 240
8. Konnexität zwischen Beweismittel und Beweistatsache beim Zeugenbeweis 240
a) Beweisthemenbezogene Konnexität 241
b) Beweismittelbezogene Konnexität 241
c) Beispiel für eine Ablehnung bei fehlender Konnexität . . . 242
III. Reaktionsmöglichkeiten auf den Beweisantrag 243
IV. Wichtige Ablehnungsgründe 243
1. Ablehnung wegen Unzulässigkeit der Beweiserhebung 243
2. Ablehnung wegen Offenkundigkeit der Beweistatsache 244
3. Ablehnung wegen Bedeutungslosigkeit der Beweistatsache . 245
a) Nichtanwendbarkeit bei präsenten Beweismitteln 245
b) Indiztatsachen 246
c) Beweisantrag zur Glaubwürdigkeit eines Zeugen 246
d) Beweisantrag zur Strafzumessung 247
e) Beweisantrag zu Vorstrafen 247
4. Ablehnung wegen Erwiesenheit der Beweistatsache 248
5. Ablehnung wegen völliger Ungeeignetheit des Beweismittels 248
a) Völlige Ungeeignetheit des Sachverständigenbeweises . . 249
b) Völlige Ungeeignetheit des Zeugenbeweises 250
6. Ablehnung wegen Unerreichbarkeit des Beweismittels 251
7. Ablehnung wegen Prozessverschleppung 251
8. Ablehnung wegen Wahrunterstellung der Beweistatsache . . 251
9. Ablehnung eines Sachverständigengutachtens wegen eigener Sachkunde 254
a) Nachweis der eigenen Sachkunde 254
b) Grundlagen der eigenen Sachkunde 255
10. Ablehnung der Einholung eines weiteren Sachverständigengutachtens 256
11. Beweisantrag auf Vernehmung von Auslandszeugen 257
a) Erreichbarkeit des Zeugen 257
b) Klärung der Aussagebereitschaft 257
c) Audiovisuelle Vernehmung oder kommissarische Vernehmung des Zeugen im Aufenthaltsstaat 258
aa) Audiovisuelle Vernehmung 258
bb) Kommissarische Vernehmung des Zeugen 259
cc) Ungeeignetheit der audiovisuellen oder kommissarischen Vernehmung 259

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

d) Beispiel für Ablehnungsbeschluss 260
e) Revisionsrechtliche Überprüfung 262
12. Ablehnung eines Beweisantrags auf Vernehmung einer Vielzahl von Zeugen 262
13. Ablehnung eines Beweisantrages zu verbotenen Vernehmungsmethoden, § 136 StPO oder zu sonstigen Beweisverwertungsverboten 264
V. Austausch des Beweismittels 264
1. Fallgruppen 264
a) Austausch eines Zeugen durch einen anderen 264
b) Austausch eines Zeugen durch Urkundsbeweis 264
c) Austausch eines Zeugen durch Inaugenscheinnahme . . . 265
d) Austausch eines Zeugen durch ein Sachverständigengutachten 265
e) Austausch des Sachverständigen durch einen anderen . . . 265
f) Austausch des Augenscheinobjekts 266
g) Austausch des richterlichen Augenscheins 266
2. Beschluss über Beweisantrag entbehrlich 266
VI. Fristsetzung für Beweisanträge 267
1. Voraussetzung der Fristsetzung 267
2. Einheitliche Fristsetzung an alle Verfahrensbeteiligten 267
3. Art und Weise der Fristsetzung 267
4. Unmöglichkeit früherer Antragstellung 268
5. Umgang mit verfristeten Beweisanträgen 269
6. Erneute Fristsetzung nach weiterer Beweiserhebung 269
VI. Hilfsbeweisantrag 270
§ 46. Selbstladungsrecht des Angeklagten 271
I. Interessenlage 271
II. Verpflichtung des Gerichts zur Vernehmung der Beweisperson 272
1. Einhaltung der Vorschriften über die Selbstladung 272
2. Erscheinen der Beweisperson im Termin 273
3. Keine Ablehnung des Beweisantrags nach § 245 Abs. 2 StPO 273
III. Nach der Vernehmung: Antrag auf die Entschädigung aus der Staatskasse (§ 220 Abs. 3 StPO) 273
IV. Besondere Konstellationen 274
1. Die Beweisperson bleibt unentschuldigt aus 274
2. Beweisperson erscheint trotz fehlender Entschädigung 275
3. Die Entschädigung erweist sich im Termin als nicht ausreichend 275
4. Unangekündigtes Erscheinen der Beweisperson 275
5. Beweisperson auf einen ungünstigen Zeitpunkt geladen 276
6. Die Ladung auf einen Termin nach Beendigung der Hauptverhandlung 277
7. Der Zeuge kann aus Rechtsgründen nicht vernommen werden 277
8. Der inhaftierte Zeuge 277

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

9. Der selbst geladene Sachverständige ist nicht vorbereitet ... 278
10. Psychiatrischer Gutachter bei inhaftiertem Angeklagten ... 278

§ 47. Unterbrechung der Hauptverhandlung ... 278
I. Zuständigkeit ... 278
II. Höchstfristen der Unterbrechung ... 279
1. Die maßgeblichen Fristen ... 279
a) Grundsatz (Abs. 1): bis zu 3 Wochen ... 279
b) Verhandlung von mindestens 10 Tagen (Abs. 2): bis zu 1 Monat ... 280
c) Verhandlung von mindestens 10 Tagen und Erkrankung, Mutterschutz, Elternzeit (Abs. 3): 2 Monate Hemmung durch Beschluss ... 281
2. Fortsetzung der Hauptverhandlung ... 282
III. Ladung zum Fortsetzungstermin ... 283

10. Kapitel. Plädoyer und Urteil ... 285

§ 48. Schlussvortrag ... 285
I. Recht zum Schlussvortrag ... 285
1. Abwesende Verfahrensbeteiligte ... 285
2. Als Zeuge vernommener Staatsanwaltschaft ... 285
II. Pflicht zum Schlussvortrag ... 285
III. Reihenfolge der Schlussvorträge ... 286
IV. Ausreichende Vorbereitungszeit ... 286
V. Pflicht zum Ausschluss der Öffentlichkeit (§ 171b Abs. 3 S. 2 StPO) ... 286
VI. Eingriffe des Vorsitzenden in den Schlussvortrag ... 287
1. Fallgruppen ... 287
a) Zu lange Ausführungen/Redezeitbegrenzung ... 287
b) Nicht zur Sache gehörende Ausführungen ... 287
c) Herabsetzung anderer Verfahrensbeteiligter ... 287
2. Art und Weise des Einschreitens ... 288
VII. Recht auf Erwiderung ... 288

§ 49. Letztes Wort des Angeklagten ... 288
I. Allgemeines ... 288
II. Mehrere zum letzten Wort Berechtigte ... 288
III. Letztes Wort des mit Vertretungsvollmacht ausgestatteten Rechtsanwalts ... 289
IV. Grenzen des letzten Wortes ... 289
V. Letztes Wort des Erziehungsberechtigten ... 291
VI. Sacheinlassung im letzten Wort ... 291
VII. Letztes Wort und Wiedereintritt in die Verhandlung ... 292

§ 50. Urteilsverkündung ... 294
I. Allgemeines ... 294
II. Die mündliche Urteilsbegründung ... 295
III. Bewährungsbeschluss ... 296
IV. Fortdauerbeschluss zu Untersuchungshaft oder einstweiligen Unterbringung ... 296

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

V. Korrektur der Urteilsformel während der Verkündung 297
VI. Wiedereintritt in die Verhandlung nach Verlesung der Urteilsformel 298
VII. Beweisanträge bei der Urteilsverkündung 298
1. Beweisantrag kurz vor der Urteilsverkündung 298
2. Beweisantrag während der Urteilsverkündung 298
VIII. Abwesenheit des Angeklagten oder des Verteidigers während der Urteilsverkündung 299
IX. Rechtsmittelbelehrung 300
IX. Arrestbeschlüsse nach der Urteilsverkündung 300

§ 51. Strafzumessung 302
I. Regelstrafrahmen 302
II. Minder schwerer Fall 302
III. Besonders schwerer Fall 302
IV. Regelbeispiele 303
V. Konkrete Strafe 303

§ 52. Kosten und Auslagen 303
I. Kosten- und Auslagenentscheidung 303
II. Anfechtung der Kosten- und Auslagenentscheidung 304
III. Inhalt der Kosten- und Auslagenentscheidung 304

11. Kapitel. Besondere Verfahrenskonstellationen in der Hauptverhandlung 305

§ 53. Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten 305
I. Arten der Verhandlungsunfähigkeit 305
1. Verteidigungsunfähigkeit 305
2. Leibes- oder Lebensgefahr 306
II. Feststellung der Verhandlungsunfähigkeit 307
1. Einholung eines Sachverständigengutachtens 307
2. Atteste des behandelnden Arztes 307
3. Geltung von in dubio pro reo 307
4. Mitwirkungslast des Angeklagten 308
5. Risiken einer Revision 309
III. Beschlussbeispiel 309

§ 54. Verständigung in der Hauptverhandlung 310
I. Allgemeines 310
II. Sonderfall: Verständigung in der Berufungsinstanz 310
1. Erstmalige Verständigung in der Berufungsinstanz 310
2. Folgen einer beim Amtsgericht getroffenen Verständigung für die Berufungsinstanz 311

§ 55. Aussetzungsanträge 311
I. Allgemeines 311
II. Zuständigkeit 311
III. Einzelne Aussetzungsanträge 312
1. Neu hervorgetretene Umstände (§ 265 Abs. 3 StPO) 312
2. Veränderte Sachlage (§ 265 Abs. 4 StPO) 313

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

3. Nicht mitgeteilte Anklageschrift/fehlende Übersetzung (§ 201 Abs. 1 S. 1 StPO) 314
4. Nicht rechtzeitige Übersendung einer neuen Anklageschrift (§ 207 Abs. 3 StPO) 314
5. Nichteinhaltung der Ladungsfrist (§§ 217, 218 StPO) 315
6. Verspätete oder unzureichende Akteneinsicht 317
a) Entscheidungszuständigkeit 317
b) Entscheidungskriterien 317
c) Risiken für die Revision 318
7. Anfechtung Sperrerklärung V-Person 319
IV. Anfechtung der Ablehnung des Aussetzungsantrages 319

§ 56. Einstellungsanträge wegen eines Verfahrenshindernisses 320
I. Zeitpunkt der Entgegennahme des Antrages 320
II. Verweisung auf schriftliche Antragstellung 320
III. Zeitpunkt der Entscheidung über den Einstellungsantrag 320
IV. Beweisaufnahme 321
V. Einzelne Einstellungsanträge 321
1. Einstellung wegen medialer Vorverurteilung 321
2. Einstellung wegen überlanger Verfahrensdauer 321
3. Einstellung wegen dauerhafter Verhandlungsunfähigkeit . . . 322

§ 57. Ablehnungsgesuch gegen Richter 322
I. Zulässigkeit des Ablehnungsgesuchs 322
1. Statthaftigkeit 322
2. Ablehnungsberechtigung 322
3. Form des Ablehnungsgesuchs 322
4. Begründung des Ablehnungsgesuchs 323
5. Glaubhaftmachung der Tatsachen 324
6. Keine entgegenstehende „Rechtskraft“ 324
7. Rechtzeitige Geltendmachung 324
8. Keine Verschleppungsabsicht oder Verfolgen verfahrensfremder Zwecke 326
II. Dienstliche Äußerung 326
1. Entbehrlichkeit 326
2. Bekanntgabe der dienstlichen Äußerung 328
3. Inhalt der dienstlichen Äußerung 328
4. Neue Ablehnungsgründe in dienstlichen Äußerungen 329
5. Erklären/Entschuldigen in der dienstlichen Äußerung 329
III. Zuständigkeit für die Bescheidung 329
1. Entscheidung unter Mitwirkung des abgelehnten Richters und der Schöffen bei Unzulässigkeit 329
2. Entscheidung durch die Vertreterbesetzung 329
3. Zusammensetzung der Vertreterbesetzung 330
a) Ausschluss bei eigener Betroffenheit 330
b) Sukzessive Ablehnung mehrerer Richter 331
c) Gleichzeitige Ablehnung 331
d) Namhaftmachung der zur Entscheidung berufenen Richter 331

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

IV. Wartepflicht nach § 29 StPO 332
1. Allgemeines 332
2. Ende der Wartepflicht 332
V. Beweisaufnahme, Beweismaß und Beweislast 333
1. Umfang der Beweisaufnahme 333
2. Beweismaß 333
3. Beweislast 334
VI. Entscheidung über das Befangenheitsgesuch 334

§ 58. Nachtragsanklage 335
I. Allgemeines 335
II. Voraussetzungen für die Nachtragsanklage 335
1. Form der Nachtragsanklage 335
2. Inhalt der Nachtragsanklage 335
3. Zuständigkeit 335
4. Zustimmung des Angeklagten 336
5. Ermessen des Gerichts 336
6. Einbeziehungsbeschluss 336
7. Protokollierung 336
8. Folgen der Nichteinbeziehung 337

§ 59. Akteneinsicht in der Hauptverhandlung 337
I. Aussetzungsantrag wegen verspäteter oder unzureichender Akteneinsicht 337
II. Antrag auf Aktenbeiziehung 337
1. Kein allgemeiner Anspruch auf Aktenbeiziehung 337
2. Kombination des Beiziehungsantrages mit weiteren Anträgen 338
3. Zuständigkeit für die Entscheidung 338
4. Entscheidungskriterien 339
5. Umfang der Beiziehung 339
6. Verweis auf eigenes Akteneinsichtsrecht 340
7. Unterbrechungs- und Aussetzungsantrag zur Durchsicht beigezogener Akten 341
8. Risiken für die Revision 341
9. Aktenbeiziehung aufgrund eines Beweisantrages 342

§ 60. Abtrennung in der Hauptverhandlung 342

§ 61. Öffentlichkeit der Hauptverhandlung 345
I. Hauptverhandlungen im Gerichtsgebäude 345
II. (Orts-)Termine außerhalb des Gerichtsgebäudes 345
1. Hinweis auf Ort und Zeit des Ortstermin im Gerichtsgebäude 346
2. Hinweis am Ort des Ortstermins 346
3. Zutritt für die Öffentlichkeit 346
4. Zuspätkommen zum Ortstermin 347
III. Öffentlichkeit in Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende 347
IV. Ausschließung der Öffentlichkeit 348

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

1. Verhandlung über den Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit 348
2. Beschluss über den Ausschluss der Öffentlichkeit 349
a) Unterbringungsverfahren, § 171a GVG 349
b) Schutz des persönlichen Lebensbereichs, § 171b Abs. 1 bis 3 GVG 350
c) Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 172 GVG 352
3. Beispiel für den Ausschluss der Öffentlichkeit während der Vernehmung des Opfers 353
4. Sonderfall: Erneute Vernehmung eines Zeugen 353
5. Gegenvorstellungen gegen den Ausschluss der Öffentlichkeit 354
V. Ausschluss polizeilicher Prozessbeobachter 354
VI. Mitschreiben durch Zuschauer 355

§ 62. Gegenvorstellung 356
I. Allgemeines zur Gegenvorstellung 356
II. Bescheidung der Gegenvorstellung 357
1. Begründung mit einer abweichenden Würdigung 357
2. Geltendmachung neuer/abweichender Tatsachen 357
III. Anordnung der schriftlichen Antragstellung, § 257a StPO 357
IV. Antrag auf ergänzende Begründung einer Entscheidung 358

12. Kapitel. Protokollierung der Hauptverhandlung 359

§ 63. Das Hauptverhandlungsprotokoll 359
I. Diktat in das Hauptverhandlungsprotokoll 359
II. Protokollierung von Anträgen und Erklärungen 360
1. Allgemeines 360
2. Anträge und Erklärungen ohne vorherige Worterteilung . . . 361
III. Protokollierung des Urkundsbeweises 362
IV. Protokollierung von Vernehmungsbehelfen 362

§ 64. Protokollierungsanträge 363
I. Antrag auf Protokollierung der gesamten Zeugenaussage 363
II. Antrag auf Protokollierung eines Teils der Zeugenaussage 364
1. Entgegennahme und Bescheidung des Antrags 364
2. Häufung von Protokollierungsanträgen 365
3. Zulässigkeit des Antrags auf wörtliche Protokollierung 365
4. Probleme der Protokollierung 365
5. Verfahren der wörtlichen Protokollierung 366
6. Ablehnung des Protokollierungsantrages 366
III. Antrag auf Protokollierung einer Inaugenscheinnahme 367
IV. Protokollierung eines Vorgangs in der Hauptverhandlung 367
V. Antrag auf Herausgabe einer Abschrift des Protokolls 367

§ 65. Aufnahme anfechtbarer oder zu vollstreckender Beschlüsse in das Protokoll 368
I. Der Normalfall 368
II. Sonderfall: Vollstreckbare oder anfechtbare Beschlüsse 368
III. Sonderfall: Ordnungsmittelbeschluss wegen Ungebühr nach § 178 GVG 370

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 66. Inhaltsprotokoll beim Amtsgericht 371

13. Kapitel. Besondere Verfahren 373

§ 67. Berufungsverfahren 373
I. Annahmeberufung 373
II. Berufungseinlegungsfrist 373
III. Unbestimmtes Rechtsmittel 373
IV. Berufung des Nebenklägers 374
V. Beschränkung der Berufung 374
VI. Ausbleiben des Angeklagten 375
VII. Ablauf der Hauptverhandlung 376
VIII. Beschwerde neben der Berufung 377
IX. Kostenentscheidung 377
X. Strafrechtsentschädigung (StrEG) 377
XI. Haftfortdauer 377
XII. Entziehung der Fahrerlaubnis 378
XIII. Unerledigte Beschwerde und Berufungseinlegung 378

§ 68. Sicherungsverfahren 379
I. Voraussetzungen 379
II. Verfahren 379
III. Urteil 380
IV. Übergang ins Strafverfahren 380
V. Kein Übergang ins Sicherungsverfahren 381

§ 69. Beschleunigtes Verfahren 382

§ 70. Strafbefehlsverfahren 384
I. Zulässigkeit 384
II. Entscheidung des Gerichts 384
III. Rechtsmittel 385
IV. Ausbleiben des Angeklagten 386
V. Strafbefehl nach Eröffnung des Hauptverfahrens 387

§ 71. Beschwerde gegen Entscheidungen in oder während der Hauptverhandlung 387

14. Kapitel. Bewährungsüberwachung 391

§ 72. Voraussetzungen und Durchführung der Strafaussetzung 391
I. Voraussetzungen der Strafaussetzung 391
II. Bewährungszeit 391
III. Auflagen 391
IV. Weisungen 392
V. Bewährungshilfe 392
VI. Nachträgliche Änderung 392
VII. Widerruf der Strafaussetzung 392
VIII. Straferlass 393
IX. Zuständigkeit 393

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Anhang 1 **Grober Fahrplan – Ablauf der Hauptverhandlung** . . 395
Anhang 2 **Prüfungsschema für Beweisanträge** 401
Anhang 3 **Übersicht Strafrahmenverschiebung gemäß § 49 Abs. 1 StGB** 403
Anhang 4 **Tenorierungen** 405
Anhang 5 **Abgrenzung Zuständigkeit Vorsitzender – Spruchkörper** 409

Stichwortverzeichnis 413

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG